Telefon 34 91 91 und für Anzeigen 34 10 15

Hamburger Abendblatt

Fernsehen Seite 8

Freitag, den 17. November 1967

I II III IV V · UNABHÄNGIG · Hamburger Fremdenblatt · ÜBERPARTEILICH ·

Nr. 269 / Jahrgang 20 / 30 Pf / C 3390 A

Stoltenberg: Das Abitur neu überdenken

Universitäten müssen entlastet werden

Von unserer Bonner Redaktion

haa Bonn, 17. November

Neue weiterführende Ausbildungswege für Abiturienten hat Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg heute vor dem Bundestag gefordert. Dadurch sollen die Universitäten, die jetzt unter einem übermäßigen Ansturm von Studienanfängern leiden, künftig entlastet werden.

In einer großen Wissenschaftsdebatte des Parlaments erklärte der Minister: „In Deutschland gehen zur Zeit etwa 80 bis 90 Prozent der Abiturienten an die wissenschaftlichen Hochschulen". Es gebe aber keinen zwingenden Grund dafür, daß dies in Zukunft so bleiben müsse. Es sei nötig, die Funktion des Abiturs neu zu überdenken. Das Abitur erlaube auch den Zugang zu anderen Ausbildungswegen.

Stoltenberg setzte sich zwar entschieden für den weiteren zügigen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und

Minister Stoltenberg

Dr. Meinecke

für die Neuordnung und Verkürzung des Studiums ein. Beide Maßnahmen allein reichten jedoch nicht aus, so erklärte der Minister, um das Problem der deutschen Hochschulen zu lösen.

Als eine mögliche Lösung des Abiturientenproblems nannte Stoltenberg die Schaffung neuer Ausbildungswege, die eine spezialisierte Ausbildung für nichtwissenschaftliche Berufe und eine erweiterte allgemeine Bildung vermitteln, und zwar außerhalb der Hochschulen. Wörtlich sagte Stoltenberg: „In Wirtschaft und Verwaltung besteht ein besonderer Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs."

Durch eine neue Ausbildungsart könnte außerdem eine erhebliche Senkung der Ausbildungskosten und ein schnellerer Studienabschluß erreicht werden. „Sicher brauchen Staat und Gesellschaft von morgen mehr Akademiker als heute", räumte der Minister ein. Doch sei in manchen Bereichen der Fehlbedarf an höheren Fachschulabsolventen schon jetzt größer als für Hochschulabsolventen der gleichen Fachrichtung.

Nach Stoltenbergs Mitteilung haben 1967 in einzelnen Bundesländern erstmals mehr als 50 Prozent der Elfjährigen den Übergang zu einer weiterführenden Schule erreicht. Dieser Prozeß mache tiefgreifende Reformentscheidungen unumgänglich. Man spreche bereits von einer „Bildungsexplosion".

Der Hamburger SPD-Abgeordnete Dr. Rolf Meinecke, der einen Antrag seiner Fraktion zur Wissenschaftsförderung begründete, bezeichnete die Vorausschätzungen für die Jahre 1963 bis 1980 bezüglich der Abiturientenzahlen als um 350 000 zu niedrig liegend. Wunschvorstellungen dürften bei der Abfassung von Statistiken niemals als variable Größen eingesetzt werden. Weder die Hochschulen der Gegenwart

Fortsetzung auf Seite 2

Auf dem Hamburger Dom

Kinderaugen leuchten auf dem Hamburger Dom. Besonders dann, wenn Vater oder Mutter eine Karusellfahrt spendieren. Es macht ja so viel Spaß, sich im Kreise drehen zu lassen und in der Phantasie ein Weltraumfahrer oder Düsenpilot zu sein. Manchmal fließen auch ein paar Tränen, wenn's gar zu schnell geht. Aber sie sind mit einer Zuckerstange oder einem Liebesapfel schnell wieder getrocknet. Foto: Gunnar Brumshagen

Kripo verhaftete Scheckbetrüger

Eigener Bericht

cvb **Hamburg, 17. November**

Überraschend haben Kriminalbeamte, wie erst jetzt bekannt wurde, am Dienstag den 40 Jahre alten angeblichen Architekten Horst W. aus Aachen in Hamburg verhaftet. Er steht unter dem dringenden Verdacht, ungedeckte Schecks und Wechsel in Höhe von einer halben Million DM in Umlauf gebracht zu haben.

Der Schwindel platzte, als einem Angestellten einer Elmshorner Bank hochdotierte Schecks zur Einlösung vorgelegt wurden. Nach kurzer Überprüfung stellte sich heraus: Sie waren alle ungedeckt.

Horst W., vorbestraft, in Aachen verheiratet und Vater mehrerer Kinder, war erst vor einigen Monaten nach Hamburg gekommen. In kürzester Zeit gelang ihm die Verbindung zu Hamburger Maklerfirmen und Privatinteressenten von Bauvorhaben.

Den Eigentümer einer Hamburger Maklerfirma schädigte er um rund 50 000 DM, indem er sich bereit erklärte, die Firma zu übernehmen. Er versprach weiteren Interessenten die Vermittlung von Hypotheken und die Einlösung von Grundschuldbriefen. Seine Sicherheiten: 69 ungedeckte Wechsel im Werte von rund 300 000 Mark.

Wie ein Sprecher der Kriminalpolizei heute mitteilte, werden erst langwierige Ermittlungen den ganzen Umfang der Betrügereien ans Tageslicht bringen.

Menschlich gesehen

Vom alten Schlag

Mittelpunkt eines Empfangs der Innung des Elektro- und Installateurhandwerks ist an seinem morgigen Geburtstag ein bescheidener Neunzigjähriger, der über 50 Jahre ehrenamtlich für die Handwerkskammer Hamburg tätig war — eine große Seltenheit! Meister Wilhelm Gobert wird mit Sicherheit selbst schon ergraute Berufskollegen begrüßen, die von ihm in jungen Jahren als langjährigem Leiter der Gewerbeschule ausgebildet wurden...

Von seinem Schlag gibt es heute nur noch wenige im Lande. Als Sohn eines Klempnermeisters aus St. Georg mußte er schon als Buttje nach den Schulstunden tüchtig zupacken, wurde trotzdem Primus in der alten „Selekta" — der Auswahl-Klasse für Abgangs-Beste — und lernte später neben der dreijährigen Lehre mit Arbeitszeiten von 6 bis 18 Uhr noch in Kursen Französisch und Steno. Natürlich ging er anschließend nach alter Sitte „auf die Walze", kam per Zufall zur Klempnerschule nach Aue (Sachsen) — und arrivierte als 19jähriger dort schnell zur rechten Hand des Direktors und der Dozenten. Kein Wunder, daß die 1906 gegründete Fachschule seiner Innung den nach Hamburg zurückgekehrten und gerade selbständigen jungen Mann zu wenigstens vier wöchentlichen Unterrichtsstunden überredete. Jahrzehntelange Arbeit wurde daraus! Erst mit 87 Jahren legte Meister Gobert, mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet, sein Amt als Vorsitzender des Meisterprüfungsausschusses nieder.

Die einfach bewundernswerte Konstitution des 90jährigen ist mit einem einzigen Beispiel ins rechte Licht gerückt: Noch immer steigt er in seinem schönen, 1000 Quadratmeter großen Garten an der Wellingsbütteler Landstraße 238 als sein bester Gärtner in die Apfelbäume.

Deutscher Kredit zur Pfundstützung?

Von **Clara Reyersbach**, Leiterin unserer Londoner Redaktion

London, 17. November

In London kursieren Meldungen, nach denen die Deutsche Bundesbank Großbritannien einen Kredit in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar zur Stützung des Pfund Sterling angeboten hat. Damit solle eine Pfundabwertung und eine DM-Aufwertung vermieden werden.

Es soll sich dem Vernehmen nach nicht um eine deutsche Quote im Rahmen eines Kredits des Zehnerklubs, sondern um eine alleinige Aktion der Deutschen Bundesbank handeln.

★

Auf Anfrage erklärte die Deutsche Bundesbank heute vormittag dem Hamburger Abendblatt, sie bedauere, zu diesen Londoner Nachrichten keine Stellungnahme abgeben zu können. (Siehe auch Wirtschaftsseite.)

Keine blauen Briefe mehr

Eigener Bericht

fa. **Kiel, 17. November**

In Schleswig-Holstein gibt es künftig keine „blauen Briefe" mehr. Das hat das Kultusministerium in Kiel endgültig angeordnet.

In allen Schulen des Landes werden die Zeugnisse nach Einführung der Schuljahrsumstellung zum 10. Februar und zum Schuljahrsende, dem Beginn der Sommerferien, erteilt. Im Februar-Zeugnis wird eine eventuelle Versetzungsgefährdung vermerkt.

Vielleicht schon 1969 Mehrheitswahlrecht

CDU und SPD jetzt für rasche Wahlrechtsreform

Von unserer Bonner Redaktion

wst **Bonn, 17. November**

Die Anzeichen dafür, daß doch schon für die Bundestagswahl 1969 das Mehrheitswahlrecht eingeführt wird, haben sich überraschend vermehrt. Sowohl bei der CDU als auch bei der SPD hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß man das ursprünglich geplante Übergangswahlrecht fallen lassen und dafür gleich das Mehrheitswahlrecht einführen sollte.

Eifrigster Verfechter dieses Planes ist der CDU-Faktionschef Barzel. Er hat am vergangenen Montag im Fraktionsvorstand einen entsprechenden Vorstoß unternommen und dabei die Unterstützung Bundeskanzler Kiesingers gewonnen. Widerspruch wurde nicht laut. Als er das am Dienstag der Fraktion mitteilte, erhob sich allgemeiner Beifall. Eine Diskussion fand allerdings nicht statt.

Inzwischen haben sich aber zahlreiche namhafte CDU-Politiker ausdrücklich für das Mehrheitswahlrecht ausgesprochen. Bundestagspräsident Gerstenmaier sagte gestern: „Wenn man überhaupt ernsthaft den Wunsch hat, das neue Wahlrecht einzuführen, dann sollte man möglichst rasch an die Sache herangehen." Ähnlich äußerten sich Vertriebenenminister von Hassel und CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner.

Auch in der SPD-Führung ist die grundsätzliche Bereitschaft, schon 1969 das Mehrheitswahlrecht einzuführen, in der letzten Zeit gewachsen. Allerdings hat die Parteiführung in dieser Frage keine Handlungsfreiheit. Auf Grund eines Parteitagsbeschlusses darf sie keine Wahlrechtsentscheidung fällen, bevor sich ein neuer Parteitag mit dieser Frage beschäftigt hat.

Maßgebliche SPD-Politiker machten heute früh dem Hamburger Abendblatt gegenüber kein Hehl aus der Auffassung, daß die Entscheidung der Sozialdemokraten letztlich davon abhängen wird, wie das von Bundesinnenminister Lücke vorgelegte Wahlgesetz aussieht. Vor allem kommt es den Sozialdemokraten auf die Wahlkreis-Einteilung an.

Bei der SPD rechnet man damit, daß Lücke seinen Entwurf erst Anfang kommenden Jahres vorlegen kann. Dann würde allerdings die Zeit nicht mehr ausreichen, um auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im März über das Wahlrecht zu debattieren. Vermutlich würde das dann auf einem Sonderparteitag in der zweiten Hälfte 1968 geschehen. **(Siehe auch Leitartikel auf Seite 2).**

„In einem Jahr steht die Superwerft"

(Bericht auf Seite 30)

Türkei wollte auf Zypern eingreifen

Associated Press - upi

Ankara/Athen, 17. November

Um ein Haar wäre es gestern auf Grund der neuentflammten Kämpfe auf Zypern zu einer militärischen Intervention der Türkei auf der ihrer Südküste vorgelagerten Insel gekommen. Eine Entspannung zeichnete sich erst ab, als die griechisch-zyprischen Einheiten sich aus den von ihnen am Vortage eroberten, von türkischen Zyprioten bewohnten Dörfern wieder zurückzogen. Man fand 25 tote türkische Zyprioten. Die griechischen Zyprer hatten zwei Tote.

Offiziell kam die Aufforderung zum jrückzug vom Hauptquartier der UNO-Friedenstruppe in Nikosia. Es heißt aber, das griechische Militärregime habe einen beträchtlichen Druck auf die zyprische Regierung ausgeübt.

Eine kleine versöhnliche Geste nach den schweren Kämpfen auf Zypern, die 27 Menschen das Leben kosteten: Griechisch-zypriotische Nationalgardisten geleiten einen verwundeten türkischen Zyprioten zur ärztlichen Betreuung.

Neue Streikwelle?

Urabstimmung in der Metallindustrie Hessens

Von unserer Frankfurter Redaktion

bo. **Frankfurt, 17. November**

In der hessischen Metallindustrie ist eine Streikwelle kaum noch abzuwenden. In Kreisen der Arbeitnehmer wird befürchtet, daß die Streiks bereits am kommenden Montag anlaufen werden. Man nimmt an, daß der Hauptvorstand der IG-Metall nach Vorliegen des Ergebnisses der Urabstimmung in der Metallindustrie schon morgen die Genehmigung zum Ausstand geben wird.

Bei der Urabstimmung, die gestern begann, haben sich nach bisher vorliegenden Ergebnissen rund 90 Prozent der Stimmberechtigten für einen Streik ausgesprochen. In der hessischen Metallindustrie mit ihren über 340 000 Beschäftigten herrscht seit dem 1. Juli ein tarifloser Zustand. Vier Tarifverhandlungen und der Vermittlungsversuch des Schlichters sind gescheitert.

Trotz weiterer Zwischenfälle bei der Firma Dunlop in Hanau hat sich im Streik der besonders Gummi-Industrie gestern eine erste Entspannung abgezeichnet. Heute werden die Tarifpartner zu einer neuen Verhandlungsrunde zusammenkommen, an der auch der Minister teilnehmen wird. Auf Arbeitnehmerseite werden die Aussichten der neuen Verhandlungen recht optimistisch beurteilt.

Allerdings ist die Stimmung wegen der Zwischenfälle bei der Firma Dunlop sehr gespannt. Ein Wortsprecher sagte, die Streikenden hätten die Arbeitswilligen wie die Hasen gejagt. Von seiten der Gewerkschaft wurde entgegnet, das Verhalten sei durch Angestellte des Unternehmens provoziert worden.

In Köln finden heute zum viertenmal Tarifverhandlungen über Löhne, Gehälter und Arbeitszeit der rund 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Bund, Ländern und Gemeinden des Bundesgebietes statt. Die Verhandlungen stehen im Schatten des am Sonnabend ablaufenden 30tägigen Ultimatums, das die beteiligten Gewerkschaften ÖTV und DAG den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes gestellt haben. Am Montag werden auch die Tarifverhandlungen für insgesamt 380 000 Arbeiter und Angestellte bei Bahn und Post fortgesetzt.

Professor Spuler suspendiert

Eigener Bericht

thi. **Hamburg, 17. November**

Professor Dr. Bertold Spuler, der bei der Rektoratsübergabe am Donnerstag vergangener Woche demonstrierenden Studenten zugerufen hatte „Ihr gehört alle ins KZ!", ist gestern abend von seinen Dienstgeschäften vorläufig entbunden worden.

Der Präses der Schulbehörde hat sich, wie es in einer Verlautbarung heißt, zu diesem Schritt entschlossen, um der vorgesetzten Disziplinarbehörde Gelegenheit zu geben, die gegen Prof. Spuler erhobenen Vorwürfe gründlich und losgelöst von Augenblicksaktionen prüfen zu können.

Prof. Spuler, Direktor des Seminars für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients, habe, so heißt es, für diese Maßnahme Verständnis gezeigt, zumal er seine in der Erregung abgegebene Äußerung außerordentlich bedauere.

Uni-Rektor: Diskussion nur in den Fakultäten

Eigener Bericht

u. w. **Hamburg, 17. November**

„Ich halte es für sinnvoll, wenn in Zukunft nicht mehr im großen Rahmen, sondern auf Fakultätsebene über die Studienreform diskutiert wird." Das erklärte der Rektor der Universität, Professor Dr. Ehrlicher, heute dem Hamburger Abendblatt. Gestern hatten Rektor und Professoren die Diskussion im Audimax unter Protest verlassen (siehe Seite 3).

16 Klagen gegen Dr. Bäker

Eigener Bericht

hls **Hamburg, 17. November**

Bleibt Dr. Bäker Arzt? Gegen den in Argentinien lebenden früheren Mitinhaber der Hamburger Feenteich-Klinik sind gestern insgesamt 16 Klagen wegen Beleidigung, übler Nachrede und

Dr. Bäker

Verleumdung eingereicht worden. Außerdem wurde ein Berufsgerichtsverfahren eingeleitet.

Sollte das ärztliche Berufsgericht wegen der Mitwirkung Dr. Bäkers an dem Buch „Chirurgen — Der Bericht des Dr. YZ" die Berufsunwürdigkeit feststellen, dann steht Dr. Bäkers Approbation als Arzt auf dem Spiel.

(Einzelheiten und Besprechung des Buches auf Seite 7)

„Leipziger Verein" erhöht Beiträge um 54 Prozent

Deutsche Presse-Agentur

Wuppertal, 17. November

Um durchschnittlich 54 Prozent wird die Krankenversicherung „Leipziger Verein — Barmenia" ab 1. Januar 1968 ihre Beiträge für die private Krankenversicherung erhöhen. Im einzelnen schwanken die Steigerungsraten zwischen 20 und 108 Prozent. Die Kasse zählt 300 000 versicherte Haushalte.

Gleichzeitig soll den Mitgliedern jedoch ein wesentlich verbesserter Versicherungsschutz geboten werden, betonte Generaldirektor Ullmann gestern in Wuppertal. Ein Grund für die Beitragserhöhung — die erste seit zehn Jahren — sei die Tatsache, daß das Unternehmen im vergangenen Jahr mit einem Verlust von rund 2 Millionen DM abgeschlossen habe und in diesem Jahr mit einem Minus von mehr als 5 Millionen DM rechne.

Vorbörse heute

Knapp behauptet

Hamburg, 17. November

Im vorbörslichen Telefonverkehr der Hamburger Banken wurden heute vormittag knapp behauptete Aktienkurse gesprochen bzw. bezahlt, in DM pro Stück: Anilin 234 G / 235 B (234 bz), Bayer 181 G / 182 B (182,20 bz), Hoechst 261 G / 262 B (262 bz), Siemens 259 G / 260 B (260 bz); in Prozent: AEG 437 bz (438 bz), VW 434 bz (433 bz), VEBA 264 G / 265 B (265½ bz), Geisenberg 171 G / 172 B (172 bz), Hoesch 134 G / 135 B (136 B), Rheinstahl 111 bz (111 bz), Ilseder Hütte 90½ bz (90¼ bz).